



„Ja, die CDU hat Angst“

Bernd Lucke » Nach der erfolgreichen Sachsen-Wahl nimmt die AfD die nächsten Ostbundesländer ins Visier. Parteisprecher Lucke über die Grünen als Vorbild, die Furcht seiner früheren Partei und über Steuerzahler in reichen EU-Ländern, die bald auf die Barrikaden gehen könnten

VON MARIO MÜLLER-DOFEL

Fast zehn Prozent der Stimmen für die 2013 gegründete Partei Alternative für Deutschland (AfD) bei der Sachsen-Wahl am vergangenen Sonntag, erstmals zieht sie in einen Landtag ein – Bernd Lucke ist oben auf. Der 52-jährige Ökonomieprofessor, Ex-CDUler und – nach der Europawahl im Mai – Europaabgeordneter ist das Zugpferd der eurokritischen Partei, die nun auch für die Landtagswahlen in Brandenburg und Thüringen (am 14. September) auf Stimmenfang geht. Ein Gespräch mit einem Mann, der in Deutschland zurzeit polarisiert wie kein anderer Politiker.

EURO AM SONNTAG: Herr Lucke, führen Sie das Wahlergebnis der AfD in Sachsen auf lokale Themen zurück oder eher auf die bekannte eurokritische Haltung Ihrer Partei?
BERND LUCKE: Beides ist der Fall. Der sächsische Landesverband hat einen fantastischen Wahlkampf geführt und die Schwerpunkte auf jene Politikfelder gelegt, die von vielen Sachsen als wichtig und drängend empfunden werden. Dazu gehören beispielsweise die Stärkung der Polizei und die klare Ablehnung eines unkontrollierten Ausbaus der Windenergie. Auf der anderen Seite haben wir auch Steuerverschwendung und gebrochene Wahlversprechen kritisiert und dabei auf die Milliardenverluste durch die Eurorettungspolitik und auf den Bruch des Maasricht-Vertrags hingewiesen. Daher sehe ich das Wahlergebnis auch als Bestätigung für den bundes- und europapolitischen Kurs der AfD.

Wie schätzen Sie die Chancen der Partei für die Wahlen in Brandenburg und Thüringen ein?
Ich bin überzeugt, dass wir in beide Landtage einziehen werden. Denn die AfD bietet auch in diesen Ländern eine klare Alternative zu den etablierten Parteien.

Trotz einer offensichtlich breiter werdenden Akzeptanz werden Sie von Kritikern als Eurohasser, Nationalkonservativer, Rechtskonservativer und Rechtspopulist bezeichnet. Zu Recht?
Nein. Es ist die Strategie unserer Gegner, die uns lieber verunglimpfen, statt sich argumentativ mit der AfD auseinanderzusetzen. Das ist ein üblicher Abwehrmechanismus von Altparteien gegen neue Konkurrenz. Auch über die Grünen hieß es früher, sie seien Linksradikale, Terroristenfreunde und Steinerwerfer.

Da war definitiv einiges dran.
Ja, bei manchen stimmte das zweifellos. Aber heute ist mir klar, dass das Gros der Mitglieder in der Gründungszeit der Grünen friedensbe-

wegte Bürger waren, die unsere Demokratie genauso bejahten, wie es die AfD heute tut. Aber stets machten sich die Altparteien und manche Medien über negative Einzelfälle her, um die gesamte, störende Partei in ein schlechtes Licht zu rücken.

Sind Ihnen die Grünen ein Vorbild?
Nicht in ihrer Politik, sondern wegen ihres Erfolgs, von unten, aus der Bürgergesellschaft her eine neue Partei zu etablieren. Ich finde es erstaunlich, dass dies in der Geschichte der BRD erst einmal erfolgreich war, obwohl so viele Bürger nach Alternativen suchen. Die Hürden für eine erfolgreiche Parteigründung sind sehr hoch, und das ist nicht gut für eine Demokratie.

Aus Ihrer Sicht dämonisieren andere Parteien die AfD – auch die CDU, der Sie 33 Jahre lang bis 2011 angehörten.
Die CDU hat große Angst davor, Wähler an uns zu verlieren, weil wir in manchen Positionen genau das vertreten, was die CDU vor Jahren selbst vertreten hat.

Zum Beispiel?
Wir glauben, dass ein Mindestlohn Arbeitsplätze kostet, dass grüne Energien keine sichere und wirtschaftliche Stromversorgung gewährleisten, dass Deutschland nicht für die Schulden anderer Staaten haften sollte, wie es bei der sogenannten Eurorettungspolitik der Fall ist. Das sind alles Positionen, die die CDU unter Angela Merkel kämpftrich aufgegeben hat. Würde die CDU sich sachlich mit uns befassen, müsste sie gegen die Richtigkeit ihrer früheren Positionen argumentieren. Das funktioniert aber nicht überzeugend. Da fällt es leichter, uns zu dämonisieren.

Stichwort Eurorettungspolitik: Der Erfolg gibt der CDU bislang recht, Deutschland geht es trotz einiger fallender Konjunkturindikatoren gut wie selten zuvor.

Uns geht es nur aus zwei Gründen so gut. Punkt 1: In den ersten Jahren nach der Euroeinführung ging es in Deutschland gar nicht gut, aber darauf haben wir mit Strukturreformen und – noch wichtiger – mit Lohnzurückhaltung geantwortet. Punkt 2: Mittlerweile profitieren wir davon, dass wir eine für die deutsche Wirtschaft zu schwache Währung haben. Deutschland profitiert vom Euro zulasten vor allem der südeuropäischen Länder, für die der Euro viel zu stark ist. Die Bundesregierung verteidigt dies. Sie ist es, die nationalistisch agiert und einen Zustand erhalten will, bei dem Deutschlands Wohlstand auf Kosten anderer Staaten errungen wird. Dabei blendet sie die Kosten, die sich aus Rettungsschirmgarantien und Niedrigzinsen für die deutschen Bürger ergeben, einfach aus. Sie verschweigt

auch, dass Deutschland mit einer eigenen Währung immer erfolgreich war, zumal dann, wenn es Deutschlands Nachbarn auch gut ging und sie nicht in einer langen Krise waren.

Die wahren Nationalkonservativen sind Ihrer Ansicht nach also die Unionsparteien, die SPD und die Grünen?

Für konservativ halte ich die Altparteien nicht, weil sie die Europäische Union in einem vorher nie da gewesen Maß verändern möchten – hin zu einem immer mächtigeren Überstaat. Aber sie sind engstirnig-national, und das Proeuropäische, das sie vor sich hertragen, ist nur ein Lippenbekenntnis.

Sie wollen den Euro abschaffen, um Europa zu retten?

Ich möchte Europa retten. Dafür muss man die südeuropäischen Krisenländer aus dem Euro ausscheiden lassen, damit sie mit einer eigenen nationalen Währung abwerten können. Damit könnte ihre Privatwirtschaft endlich wettbewerbsfähig werden. Die derzeitigen Sparanstrengungen des Staats haben ja wenig Wirkung auf die Wettbewerbsfähigkeit der Privatwirtschaft.

Warum scheuen Griechenland und Co den Austritt aus dem Euro, obwohl es ihnen damit – wie Sie meinen – besser ginge?

Weil ihre Regierungen sich mit Hilfsmilliarden und Bürgschaften der EU und vor allem Deutschlands durchwursteln können. Andernfalls würden sie todsicher abgewählt.

Was müssen die Krisenstaaten Ihrer Meinung nach jetzt tun?

In aller Kürze: Für die Privatwirtschaft wäre – erstens – der Euroaustritt der Königsweg. Zweitens: Wenn das Wachstum zurückkehrt, muss fiskalisch eiserne Disziplin gewahrt werden, um die Staatsschulden in den Griff zu kriegen. Drittens muss die Bankschuldenproblematik

VITA

Der Herausforderer

Bernd Lucke wurde am 19. August 1962 in Westberlin geboren, studierte Volkswirtschaftslehre, Philosophie sowie Neuere Geschichte und verbrachte sein Berufsleben als VWL-Professor an diversen Universitäten, seit 1998 in Hamburg. Im April 2013 gründete er mit Gleichgesinnten die AfD, deren führender Sprecher er seither ist. Seit Juli 2014 gehört er dem EU-Parlament an, nachdem die AfD mit ihm als Spitzenkandidat im Mai den Sprung nach Brüssel geschafft hatte. Der 52-Jährige ist verheiratet und hat fünf Kinder.

gelöst werden, indem die Eigentümer und die großen Bankinvestoren Kapital nachschießen, falls die Bank sonst nicht überlebensfähig ist. Es dürfen nicht immer die Steuerzahler zur Kasse gebeten werden.

Sind die Bankenstresstests der EZB ernst zu nehmen?

Wer weiß schon, ob die Banken mit offenen Karten spielen und die Regulatoren die Risiken der Portfolios richtig beurteilen? Auch hat die Europäische Zentralbank kein Interesse daran, dass bestimmte Probleme bekannt werden, weil dann Bankkunden und Kapitalmärkte panisch reagieren könnten.

Viele Ökonomen befürchten, dass auch Frankreich ein Problem werden könnte. Was wäre die Folge?

Wenn Frankreich ebenfalls auf Rettungsmaßnahmen starker EU-Länder angewiesen wäre, stünde der Euro erneut grundsätzlich infrage.

Um gegenzusteuern, wollen Frankreichs und Deutschlands Regierungen eine gemeinsame Wirtschafts- und Fiskalpolitik in der EU.

Was nicht das Problem mangelnder Wettbewerbsfähigkeit der Privatwirtschaft löst. Eine europäische Wirtschafts- und Fiskalpolitik hätte überdies Umverteilung von den starken zu den schwachen Staaten zur Folge. Soll das eine europäische Wirtschaftsregierung entscheiden? Wenn die Nehmerländer die Geberländer überstimmt, würden die Steuerzahler in den Geberländern bald auf die Barrikaden gehen und fragen, warum ihre Steuern in anderen Ländern verbraucht werden.

Das setzt nationalstaatliches Denken voraus.

Das ist europäische Realität und nicht zu verhindern.

Als Europaabgeordneter sind Sie mit Ihrer Kandidatur zum dritten Vorsitzenden des Währungsausschusses gescheitert. Woran lag's?

Ich habe kandidiert – wohl wissend, dass ich vermutlich nicht gewählt werde. Das Kalkül war, dass die anderen Parteien sich selbst entlarven, wenn sie mich nicht wählen, weil ich eine andere Meinung habe.

Wie sieht Ihrer Meinung nach Europa im Jahr 2020 aus?

Ich fürchte, dass es sich zu einem zentralistischen Überstaat mit immer mehr Regelungsvollmachten entwickelt haben wird. Ich fürchte, dass Südeuropa wirtschaftlich abgehängt sein wird, sodass verloren geht, was wir seit Beginn der EU erreicht hatten: ein zusammenwachsendes Europa. Aber die Hoffnung stirbt zuletzt. Vielleicht erkennen die Wähler und Politiker die Fehlentwicklungen noch. Dann wird man allerdings den Euro in seiner jetzigen Form nicht mehr haben können. ☹

PERSONALIE

Bloomberg kehrt zurück



Eigentlich sei es nicht Bestandteil seiner Agenda gewesen, in sein Unternehmen zurückzukehren, beteuert der frühere New Yorker Bürgermeister **Michael Bloomberg** (Foto).

Jetzt übernimmt der 72-Jährige doch noch mal die Spitzenposition im gleichnamigen Nachrichtenkonzern. Der derzeitige Vorstandschef **Daniel Doctoroff** hat sich jedenfalls überraschend entschieden, seinen Posten zum Jahresende zu räumen. Er wolle dem größeren Einfluss Bloomsbergs nicht im Wege stehen, begründete Doctoroff seinen Rückzieher. Bloomberg wiederum bedauert dessen Schritt. Wenn es nach ihm gegangen wäre, hätte Doctoroff bleiben sollen, sagte er.

Bloomberg durfte nach drei Amtszeiten als New Yorker Bürgermeister bei der Wahl im vergangenen Herbst nicht mehr kandidieren. Manche hatten damit gerechnet, dass er sich nun verstärkt landesweiten gesellschaftlichen und politischen Fragen wie der Verbesserung des Gesundheitssystems oder einer schärferen Waffenkontrolle widmen würde – nicht zuletzt, weil er als möglicher Präsidentschaftskandidat gehandelt wird.

Sein Nachrichtenunternehmen hatte Bloomberg 1981 mit der Abfindung von zehn Millionen Dollar gegründet, die er nach seiner Entlassung bei der Investmentbank Salomon Brothers bekommen hatte. Heute hat das Unternehmen einen Jahresumsatz von neun Milliarden Dollar, die vor allem über die Vermietung von Bloomberg-Terminals erzielt werden, die von zahlreichen Banken und Hedgefonds genutzt werden. Bloomsbergs Privatvermögen wird auf 32 Milliarden Dollar geschätzt. Der Unternehmer war lange Mitglied der Demokratischen Partei. Er wechselte dann im Jahr 2000 ins republikanische Lager, gilt dort aber als vergleichsweise liberal.

WAS WURDE AUS ...



Name: **Helmut Schlesinger**
Geboren am: **04.09.1924 in Penzberg**
Früher bekannt als: **Bundesbank-Chef**

Und heute? Schlesinger wirkt heute wie ein Notenbanker von einem anderen Stern. Nur noch selten meldet sich der 90-Jährige zu Wort. Die Geldexpansion der EZB verglich er kürzlich mit „Kriegsfinanzierung“. Er glaube auch nicht, dass man die Fehler der Geldpolitik durch strengere Bankenaufsicht beheben könne. In seiner Ära als Präsident von 1991 bis 1993 verteidigte er die Bundesbank als Bollwerk der Stabilität. Er wurde als geldpolitischer Hardliner kritisiert, der einen „Zinskrieg“ gegen den Rest der Welt führe. Die Briten vergraulte er aus dem Europäischen Währungssystem, wofür ihm dort mancher heute noch dankbar ist. Als Hobbybergsteiger unternahm er nach den Notenbankertreffen in Jackson Hole weite Streifzüge in die Rocky Mountains. Nach einer Tour durch Tibet wurde er gefragt, was das buddhistische Mantra „om mani pad me hum“ für ihn bedeute. Er antwortete: „Halte die Geldmenge knapp.“ ehr